

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No 11 – 18. Juni 2010

peter lese: airline-eigentore + frankreich stocksauer über berlin + wer kommt nach sarkozy? + werner langen: standards sichern uns + csu-mann fällt elmar brok in den rücken + bartoszewski unter polizeischutz + obama schlechter dran als bush + hindenburg "hoch über den parteien" (1925) helmut schmidt verurteilt presse-pöbeleien in sachen griechenland-hilfe ++

Nächsten Sonntag: 1. Runde Komorowski : Kaczynski in Polen

Es wird immer enger, doch in der zweiten Runde wird J. Kaczynski verlieren

Der PO-Kandidat für die Präsidentschaftswahlen Bronislaw Komorowski hat trotz vorheriger Absage überraschend doch noch an der großen Fernsehdebatte teilgenommen. Eine Sensation!, so "Fakt" (Springer-Verlag). Komorowski wollte ursprünglich nicht in dem von PiS und SLD personell besetzten öffentlichen TV-Sender (TVP) auftreten. Die Entscheidung, nun doch teilzunehmen, sei, so alle Blät-ter, in letzter Minute gefallen, nachdem die jüngsten Umfrageergebnisse fast ein Kopf-an-Kopf-Rennen von Komorowski und Kaczynski vorhersagen (aktuelle Umfrageergebnisse: Büro Millward Brown vom 11.6: Komorowski 42%, Kaczynski 30%. TNS OBPO vom 10.-11.6: Komorowski 38%, Kaczynski 36%). - / - Jaroslaw Kaczynski (PiS) wirkt im TV beherrscht, Grzegorz Napieralski (SLD) eindrucksvoll konkret, Bronislaw Komorowski (PO) streitlustig und Waldemar Pawlak langweilig wie immer. Die Teilnehmer wurden zu den wichtigsten Themen aus der Innen- und Außenpolitik sowie zu Wirtschaft befragt. Für einen zweiten Wahlgang wird 60:40 zugunsten des PO-Manns getippt.



Christdemokrat "Broniek" Komorowski



Ж Donald Tusk bei Polens Soldaten in Afghanistan

Donald Tusk hat noch einmal erklärt, er werde alles tun, damit der PO-Kandidat die Wahlen gewinnt.

Die Wahl von Kaczynski wäre „eine politische Hölle“, weil der PiS-Chef in der Lage sei, „die polnische Politik zu verwüsten“. Der Pressesprecher Kaczynskis, Pawel Poncyliusz, zeigte sich von der **Bereitschaft Kaczynskis** überzeugt, **in vielen Bereichen mit Tusk zusammenarbeiten zu wollen.**

Er sei ein Politiker, der verstanden habe, was sich in den Beziehungen zu Russland geändert habe, und er habe seine Ansichten über Deutschland auch schon revidiert.

Der **Rückzug Polens aus Afghanistan** wurde plötzlich durch den Tod eines polnischen Soldaten am letzten Samstag wieder Thema des Wahlkampfes. „Es ist an der Zeit unsere Mission in Afghanistan zu beenden“, sagte Komorowski. MP Tusk will, dass während des für November geplanten Nato-Gipfels in Lissabon eine gemeinsame Strategie dazu verabschiedet wird. Nach Auffassung von **Verteidigungsminister Klich** könne die zurzeit von polnischen Soldaten kontrollierte Provinz Ghazni im **Jahr 2013** an afghanische Sicherheitskräfte übergeben werden. Mit dem Abbau des polnischen Kontingents könnte, so Klich, bereits 2011 begonnen werden.

WERKSTATT EUROPA

Siegt ein Stück Airline-Arroganz?

Dr. med. Peter Liese MdEP: Luftverkehrsabgabe muss in europäischer Lösung aufgehen - Deutsche Airlines haben ein grandioses Eigentor geschossen



☀ *Airport Frankfurt am Main*

Die deutschen Airlines haben **mit ihrer destruktiven Lobbyarbeit in Brüssel** ein grandioses Eigentor geschossen", dies erklärte der Bericht-ersteller des Europäischen Parlamentes für Flugverkehr und Emissionshandel, der CDU-Politiker Dr. med. Peter Liese. Nach heftigem Ringen und jahrelangen Verhandlungen hat die Europäische Union 2008 beschlossen, dass die Airlines **ab 2012 in den europäischen Emissionshandel einbezogen** werden. Durch hartnäckigen Widerstand der Fluggesellschaften, allen voran der deutschen Airlines,

der sich auch auf die Haltung der Bundesregierung ausgewirkt hat, ist der Beginn des Emissionshandels jedoch immer weiter nach hinten verschoben worden und die umweltpolitischen Ziele sowie die finanziellen Belastungen der Airlines sind gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen des Umweltausschusses im Europäischen Parlament immer weiter verwässert worden. Der Umweltausschuss wollte, dass der Emissionshandel 2010 beginnt und dass die Airlines 50 Prozent der Zertifikate ersteigern müssen. Außerdem sollten nicht nur CO₂, sondern auch andere Schadstoffe, wie Stickoxide in den Emissionshandel einbezogen werden.

"Wenn die Vorschläge des Umweltausschusses in Kraft getreten wären, hätte es keine Diskussion über eine nationale Abgabe gegeben, da sowohl das Umweltproblem dann effektiv angegangen worden wäre als auch erhebliche Einnahmen für die EU-Mitgliedstaaten die Folge gewesen wären. Der Kompromiss, zu dem wir am Ende durch den Ministerrat und die Europäische Kommission gezwungen wurden, ist nur ein kleiner Einstieg in eine umfassende Regelung. Daher kann man gegen eine nationale Lösung, die die zusätzlichen Umweltprobleme erfasst, nichts einwenden. Es ist ein Treppenwitz, dass ausgerechnet die deutschen Airlines und die deutsche Bundesregierung eine ambitioniertere Regelung in Europa verhindert haben und wir jetzt eine nationale Lösung bekommen.

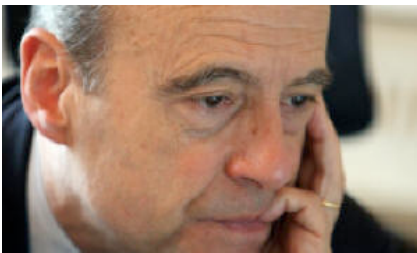
Die europäische Regelung wurde immer mit dem Argument der Wettbewerbsverzerrung abgelehnt. Die Wettbewerbsverzerrung bei einer nationalen Regelung sei ohne Zweifel stärker. Ein nationaler Alleingang sei dabei lediglich die drittbeste Lösung so Peter Liese. Die beste Lösung ist eine weltweite Regelung, die jedoch zurzeit nicht realistisch ist. Die zweitbeste Lösung ist eine europäische Lösung. Ich fordere die Bundesregierung und die deutschen Airlines auf, konstruktiv an einer umfassenden europäischen Lösung mitzuwirken."

In die Postfächer der Linkspartei-MdBs im Bundestag verteilter Text:

16.6.2010 - Mit heftigem Protest kommentieren französische Medien die **Niederlage der Pariser Regierung im Kampf um das Berliner Eurozonen-Spardiktat**. Die deutsche Kanzlerin habe dem Staatspräsidenten Frankreichs ihre Austeritätspolitik aufgezwungen, heißt es nach dem Zusammentreffen der beiden Spitzenpolitiker vom

Montag in der französischen Presse. Nach der Ankündigung des milliardenschweren Berliner Kürzungsprogramms letzte Woche habe Paris eigene Sparmaßnahmen trotz heftigen Widerstrebens nicht mehr vermeiden können. Angela Merkel wolle "die Macht in Europa" und riskiere dabei, den Kontinent mit ihrer Austeritätspolitik noch tiefer in die Krise zu stürzen, urteilen Abgeordnete aller Parteien. Und jetzt steht der französischen Wirtschaft ein weiterer schwerer Rückschlag bevor: In Großbritannien wird die Übernahme des Bahnkonzerns Arriva durch die Deutsche Bahn AG formell gebilligt werden. Die Deutsche Bahn vergrößert damit ihren Vorsprung vor der französischen SNCF im Kampf um die Spitzenposition im europäischen Schienenverkehr - einer Milliardenbranche. Der SNCF-Chef warnte vor einer umfassenden Kontrolle des europäischen Eisenbahnsystems durch den deutschen Konzern.

Alain Juppé : "Sarkozys breite Mehrheit gibt es nicht mehr" **Der Ex-Premier hat den Elysée-Palast nicht aus den Augen verloren**



☀️ **Alain Juppé sieht neue Chancen**

Kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen, aber sicherlich folgenreich, hat sich der ehemalige französische Premierminister und Außenminister, zurzeit Oberbürgermeister von Bordeaux, Alain Juppé, in einem Interview der Zeitung „Le Monde“ bereit erklärt, ein „Angebot“ für die Bewerbung um das Präsidentialamt einzureichen, **falls Nicolas Sarkozy nicht wieder kandidieren würde**. Dieser Schritt eines „befreundeten Rivalen“ ist sicherlich dem heutigen Staatspräsidenten nicht genehm, aber Juppé nimmt damit

vor allem gegen die anderen Widersacher von Sarkozy die Streitaxt in die Hand, der Reihe nach: **François Bayrou, Dominique de Villepin** und **François Copé**. Nach der Schlappe von Bayrou bei den letzten Regionalwahlen ist Villepin in die Bresche eingesprungen und ereifert sich gegen Sarkozy. - / - François Copé, wie Sarkozy ein begnadeter Redner und hochintelligent, ist dabei, eine neue Art von Politik in der angelsächsischen Form von „debating societies“ zu entwickeln. Aber Copé will erst im Jahr 2017 in der „Nach-Sarkozy-Ära“ kandidieren und dem Schönling Villepin gibt man keine Chance. Dass Juppé Bayrou ins Visier nimmt, zeigt seine Absicht, „den Parteienstreit“ zu überwinden, was der Programmpunkt Nummer Eins von François Bayrou war, und sich dem „tieferen Frankreich, der Heimat, der Landverbundenheit pragmatisch“ zuzuwenden. Er war vor Villepin der „Kronprinz“ von Chirac und steht zu einem Neogaullismus, der ein „aus Patriotismus und Humanismus zusammengesetztes politisches Denken“ ist. Er kritisiert auch das Tempo der Sarkozy-Reformen: „Zuviel zugleich“. Dass man einen „Bruch“ mit der Amtsführung und Politik von Chirac schaffen konnte, wie Sarkozy das behauptete, „daran habe ich nie geglaubt“, betont Juppé. Angesichts des tiefen Grabens zwischen Rechts und Links und der Spaltung des Landes in zwei verfeindeten Lagern bemüht sich Juppé, die Kontinuität des Gaullismus zu verkörpern.

Werner Langen (CDU-MdEP): Standards für sichere Elektrofahrzeuge **Wieder geht es auch um gleiche Chancen am Markt, also um Fortschritt**

Der Rheinland-Pfälzer begrüßt den Vorschlag des Kommissars für Industrie und Unternehmen, Antonio Tajani, für klare Sicherheitsanforderungen bei Elektrofahrzeugen. Es wird erreicht, dass in Europa verkaufte Elektrofahrzeuge sicher sind und die Verbraucher z.B. nicht mit spannungsführenden Fahrzeugteilen in Kontakt kommen. Eine der verspotteten "Brüsseler Regulierungen" oder Normierungen, die allen Bürgern in der Gemeinschaft nutzen und dazu noch künstliche Barrieren verhindern, mit denen sich noch immer Hersteller gegen "ausländische" Konkurrenten wehren

möchten. Mehr noch. Langen erläutert: "Europa kann seinen Technologievorsprung bei der Entwicklung von Fahrzeugen nur dann halten, wenn es verstärkt in neue Antriebstechnologien investiert. Voraussetzung dafür sind **gleiche Rahmenbedingungen und gemeinsame Sicherheitsstandards** für alle EU-Länder." Die Kommission schlägt auch eine Vereinfachung des Typengenehmigungsverfahrens im Automobilsektor vor. Damit würden 61 Regelungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UN/ECE) über die Typengenehmigung von Fahrzeugen unmittelbar in das europäische Recht übernommen und die Duplizität zwischen unseren Richtlinien und UN/ECE Regelungen beendet. - // - Es ist im Grunde alles denkbar einfach: Im 19. Jahrhundert wurden z.B. Schienen zwischen Preußen, Sachsen und Bayern durch das Deutsche Reich normiert. Jetzt folgen Normierungen "von Brüssel", die von Helsinki bis Palermo greifen. Passt leider oft nicht in die Zeitung mit den vier fetten Buchstaben.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

☐ **Alexander Dobrindt**, CSU-Generalsekretär, will nicht, dass die EU das beschlossene Diplomatische Korps mit den ebenfalls beschlossenen Finanzen bekommt: "Zu teuer." Die Mittel sollten dagegen "zur Haushaltskonsolidierung" umgeleitet werden. Damit fällt Dobrindt, der im Bundestag gegen den Lissabon-Vertrag gestimmt hatte, dem parlamentarischen Verhandlungsführer **Elmar Brok** (CDU-MdEP) in den Rücken, der in Brüssel bereits gegen Widerstände erreichte, dass der Auswärtige Dienst der EU an den EU-Etat gebunden und vom Parlament kontrolliert wird. Dieses Ziel besteht **seit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl**.

☐ **Barack Obama**, US-Präsident, klagte Freunden, er habe "noch immer keinen unter den europäischen Leadern", mit dem Freundschaft schließen oder oft telefonieren könne. Da ging es Vorgänger **George Bush jr** besser. Als nämlich der Barack-Vorgänger in der bekannten Georgetown University studierte, büffelte dort auch der heutige EU-Exponent Barroso. Deshalb besserte sich in der zweiten Bush-jr-Periode das Verhältnis USA-EU. Als nämlich die EU Barroso ins Amt brachte, so erzählt Bush, habe er den Portugiesen "sofort angerufen und beglückwünscht".

☐ **Wladyslaw Bartoszewski**, Deutschland-Experte der polnischen Regierung, bekam Polizeischutz. Er hatte den "**Familienvater Komorowski**" (PO-Präsidentschaftskandidat) mit dem radikalkonservativen PiS-Chef und Mitbewerber **J.Kaczynski ("nur ein Kleintierhalter")** verglichen und sogleich Drohbriefe wie diesen erhalten: "Du Jude, schade dass Hitler dich nicht erledigt hat." Bartoszewski, mit dem ich seit Jahrzehnten befreundet bin, reagierte wie erwartet: "Ich habe Hitler und Stalin überlebt, ich überlebe auch 'echte Polen'. Kaczynskis Partei PiS hatte verlautbart, nur sie vertrete "echte Polen".



Aktuelle Preisfrage: Wem verdankt Deutschland den Reichspräsidenten von Hindenburg?
Antwort: dem CSU-Vorgänger "Bayerische Volkspartei".
Die wollte der Anregung des "Zentrums" nicht folgen und erklärte, Hindenburg stehe "hoch über den Parteien".
Das "Zentrum" hatte aus seinen Reihen Reichskanzler a.D. Wilhelm Marx vorgeschlagen. Er wurde auch von der SPD mit getragen. Resultat: Marx fiel durch, Hindenburg gewann. Konnte 1933 Hitler zum Reichskanzler ernennen.

Ein Lehrstück anno 1925

=====

ENERGIEVERKEHRÖKOPPREISTREIBERENERGIEUMWELTSTROMP

⚡ Die erfreuliche Entdeckung unendlich großer **Lithium-Vorkommen** in Afghanistan hat schon vor Wochen Schocks in den USA und in der Autoindustrie ausgelöst. Die USA sehen sich mehr denn je gezwungen, einen Fuß in der Tür zu den Schätzen zu halten, denn ohne Lithium in großen Mengen **wird es keine Elektroautos geben**.



Petalit = Lithium-Erz aus Bolivien

Schon gehen Gerüchte, China führe in einem Drittland Geheimgespräche mit der afghanischen Führung, um das größte mögliche Stück Lithium zu bekommen. Weitere Mächte könnten sich melden. Israelische Unternehmer wünschen sich ein US-geführtes Lithium-Kartell. - Im Augenblick ist dies **alles heiße Luft**, denn - wie bei anderen großen Projekten - fehlt in Afghanistan alles Notwendige: **Fernstraßen, Wasser, eine Spezial-Güterbahn, preiswerter Strom** und eine ge-nauer Analyse der Lithium-Lager, die zeigen müssten, wo der Abbau beginnen könn-te. Dieses Ergebnis wiederum müsste auf den Verkehrsplan durchschlagen. Vor al-lem ist völlig offen, wie Pakistan mitwirken könnte/müsste - vom Straßenbau bis zu Verladeeinrichtungen in seinen Häfen.

⚡ Wie viel **zusätzlicher Atommüll** entsteht, wenn unsere Kernkraftwerke länger laufen als in der Kernenergie-Ausstiegsvereinbarung festgelegt? Es werden für jedes zusätzliche Betriebsjahr weiterhin etwa 800 Kubikmeter radioaktive Abfälle (einschließlich. Verpackung) anfallen. Dieses Volumen entspricht **einem Würfel mit 9 bis 10 m Kantenlänge; das ist das Volumen eines geräumigen Einfamilienhauses**. Außerdem fallen etwa 800 Kubikmeter an mittel- und schwachaktiven Abfällen an. Aber auch: für jedes zusätzliche Betriebsjahr werden etwa 150 Mill. t Kohlendioxid weniger in die Erdatmosphäre abgegeben. // Bis Ende 2012 wird in Gorleben in einer 75 m langen Betonhalle eine Anlage zum Prüfen und Umverpacken von schwach und mittelaktivem radioaktiven Müll (vornehmlich aus dem Bereich Ärzte/Krankenhäuser) entstehen, die von GNS (Gesellschaft für Nuklearservice) gebaut wird. GNS, ein Tochterunternehmen der Stromversorger, betreibt in Gorleben auch das Zwischenlager.

⚡ Die Europäische Transmutationsversuchsanlage „**Myrrha**“ wird für 1 Mrd. € in Mol/Belgien gebaut. Das Projekt wurde 1997 gestartet, der volle Betrieb ist für 2023 vorgesehen. Bei der Transmutation werden langlebige Radioisotope durch intensive Neutronenbestrahlung in kurzlebige Radioisotope umgewandelt, was eine kürzere Endlagerzeit ermöglicht. Die erforderlichen Neutronen werden erzeugt, indem Protonen mittels eines Beschleunigers auf Blei einschlagen. (<http://myrrha.sckcen.be>, <http://www.pro-physik.de/Phy/leadArticle.do?laid=12664>)

⚡ Es bleibt bei großer **Strom-Abzocke, auch die FDP fiel um. Wer noch? Alle?**

(www.novo-argumente.com/magazin.php/novo_notizen/artikel/000593)

Geschätzte 70 Mrd.€ müssen die deutschen Stromverbraucher in den kommenden zwei Jahrzehnten für Strom aus bereits installierten und noch zu installierenden Solarstrom-Anlagen zahlen. Gesamtwirtschaftlich ist dieser Betrag als Verlust zu verbuchen: ihm steht keine echte wirtschaftliche Leistung gegenüber. Ein Verlust für viele wird Gewinn für wenige. Man kennt das Prinzip aus der Finanzkrise. Es gewinnen Investoren und Produzenten von Solarzellen, ein paar Handwerker, Hausbesitzer, die Solarstrom für 40 cts/kWh ins Netz speisen und für 20 cts/kWh den normalen

Haushaltsstrom beziehen. Alle Parteien, einschließlich der marktliberalen FDP, stehen hinter diesem **Verfahren, dass das Geld vieler in die Taschen weniger spült, siehe SOLARWORLD**. Früher wurde in NRW gegen die endlose Verlängerung der Kohle-Subventionen protestiert. Jetzt, da die Solarlobby die Kohlelobby um Milliarden übertrifft, ist nichts mehr zu hören. Grund? Bei der Kohle verdienten die alten Zechenherren, jetzt aber verdienen SOLARWELT und Co., durchsetzt von Grünen und Sozis, vor allem unterstützt vom öffentlich-rechtlichen Funk & TV. SIEHE AUCH NÄCHSTE NOTIZ: **Deutschland ist beim Strompreis „Spitze“ (22,90 cts/kWh im 4.Quartal 2009), In der EU mussten nur die Dänen mehr zahlen, der Durchschnitt in der EU lag bei 16,50 cts/kWh.**

⚡ **Deutsche Bauern als Klimaprofiteure?** „Die vergangene Dekade war die wärmste seit 130 Jahren. Deutschlands Landwirte müssen sich mittelfristig auf deutlich trockene Sommer einstellen. Weniger Regen im Frühling und Sommer, dafür mildere, feuchte und frostfreie Winter. Für die Landwirtschaft heißt das: „Die Erträge könnten steigen, weil zweimal im Jahr geerntet werden kann“ (Klima-Report des Deutschen Wetterdienstes DWD). .



MEDIEN

■ **Helmut Schmidt**, beliebter Altkanzler, nutzte die Henri-Nannen-Preisverleihung im Hamburger Schauspielhaus zu einer vorbildlichen **Attacke auf BILD und SPIEGEL**. Diese Blätter hätte den Fall Griechenland zu nationalistischen Pöbeleien genutzt: **"Sie riechen, siechen, lügen, fälschen und wollen lieber Michael Ballack. Was zu viel ist, ist zu viel."** Liebe Leserinnen und Leser: Wann schlug Ihr Abgeordneter so in der Öffentlichkeit zu? Danke, ich ahnte es. Danke, Helmut Schmidt!

■ **Meine Empfehlung zur Lüftung des Kopfes:** „Auch als Nichtgläubiger fürchte ich eine gottlose Gesellschaft“, bekannte Gregor Gysi im März 2005 bei einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Tutzing. Wie begründet diese Furcht ist, weist jetzt **Dr. Andreas Püttmann** nach. Er hat zahlreiche seriöse Umfragen zu Rechtsbewusstsein, Wertorientierungen und Lebensgefühl ausgewertet und deutliche **Unterschiede im ethischen Profil je nach Religiosität und Kirchnähe** gefunden. Das Fazit seines jetzt erschienenen Buches **„Gesellschaft ohne Gott“**: Die Entchristlichung Deutschlands ist eher eine „Implosion“ als „Erosion“. Der Verfall des religiösen Fundaments birgt erhebliche „Risiken und Nebenwirkungen“ für Politik, Wirtschaft, Sozialstaat, Gesundheit und Glück.
GESELLSCHAFT OHNE GOTT, Verlag Gerth Medien, 288 Seiten, 17,95 €

London vorn! In der BBC lief eine Stunde lang ein Film, heimlich aufgenommen auf dem Führungsschiff der Gaza-Blockadebrecher. Man sieht u.a. liegende blutende israelische Soldaten, angegriffen mit Dolchen und Eisenstangen. Man erfährt, dass die zur "Schlacht für Palästina" entschlossenen Israel-Feinde an anderer Stelle als die Demo-Gruppen ihr Schiff bestiegen und Journalisten "Medien-Wirkung" als Aktionsziel angaben. Bis heute lief der Film in Deutschland nicht. Die BBC hat ihn in Kommentaren weder verurteilt noch gelobt noch manipuliert. Thank you old England! Die BBC hat ihre alten Maßstäbe nicht verloren.

Jürgen Wahl Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG
Tel. 0228 – 324381 // e-mail: post@jwahl.de
SPENDEN bitte auf Konto 101 40 30 17 BLZ: 370 69 805